

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	21
Erster Abschnitt – Einleitung	27
I. Gegenstand der Arbeit	27
II. Gang der Untersuchung	29
Zweiter Abschnitt – Zu Historie und dogmatischer Untermauerung des bisherigen und des reformierten Gesellschafterdarlehensrechts	32
§ 1 Die Entwicklung des Gesellschafterdarlehensrechts bis 2009	32
I. Die Rechtsprechungslinie hin zur Verfestigung des Eigenkapitalersatzrechts als eigenständiges Rechtsinstitut.....	32
1.) Die reichsgerichtliche Rechtsprechung	32
2.) Erste Ansätze des BGH im „Lufttaxi“-Urteil.....	33
3.) Verfestigung der Rechtsprechung und Etablierung des Eigenkapitalersatzgedankens im Grundsatzurteil BGHZ 76, 326 ff.	33
II. Die GmbH-Novelle von 1980.....	34
1.) Hintergründe der Kodifikation und Gelingen der Reformbestrebungen	34
2.) Die Reaktion des BGH im „Nutzfahrzeuge“-Urteil (BGHZ 90, 370 ff.)	35
III. Die Rechtslage seit Einführung des Kleinbeteiligungs- und des Sanierungsprivilegs	35
IV. Der Versuch der Einleitung eines Systemwechsels durch das Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG).....	36
1.) Motivation für die Neujustierung und Vorarbeiten	36
2.) Der Referentenentwurf vom 29.05.2006	37
3.) Der Regierungsentwurf vom 23.05.2007	37
4.) Gang und Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens	37
V. Ergebnis zu § 1	38
§ 2 Die Reformbedürftigkeit des bisherigen Rechts	39
I. Die monierten Mängel	39
II. Synopse der divergierenden Reformansätze	40
1.) Einen radikalen Systemwechsel ablehnende Stimmen	40

2.) Befürworter einer umfassenden Kodifikation des Kapitalersatzrechts	41
3.) Der Ruf nach Abschaffung des Gesellschafterdarlehensrechts.....	42
4.) Befürworter einer ersatzlosen Abschaffung der Novellenregeln unter Aufrechterhaltung der Rechtsprechungsregeln	43
5.) Akklamateure des durch d. MoMiG eingeschlagenen Reformwegs...	43
6.) Befürworter einer Beibehaltung des Merkmals der Krisenfinanzierung.....	44
III. Die Motivation für die Neuregelung nach der Gesetzesbegründung.....	45
IV.) Stellungnahme und Ergebnis zu § 2	45

§ 3 Normzweckhypothesen und tragende Grundgedanken des

Gesellschafterdarlehensrechts unter der alten u. der neuen Rechtslage . 48

I. Zur dogmatischen Rechtfertigung des bislang geltenden Rechts	48
1.) Die ältere Lehre: Eigenkapitalersatzrecht als Folge widersprüchlichen Gesellschafterverhaltens – Treu und Glauben	48
2.) Implikationen der Doppelrolle des Darlehensgebers als Gesellschafter-Gläubiger	49
3.) Zur These vom Unterlaufen der Außenkontrolle des Kreditmarktes..	51
4.) Fundamentale Zweifel an einer tragfähigen dogmatischen Fundierung des Eigenkapitalersatzrechts.....	52
5.) Das herrschende Leitmotiv – die Finanzierungs- (folgen-)verantwortung	52
a.) Die Finanzierungsverantwortung	52
b.) Zur Kritik am Gedanken der Finanzierungsverantwortung.....	53
c.) Die Entwicklung hin zur Finanzierungsfolgenverantwortung	54
6.) Stellungnahme	54
II. Die dogmatische Rechtfertigung der reformierten Regelungen.....	55
1.) Akzentuierung der besonderen Verknüpfung zwischen Gesellschafter und Gesellschaft	55
2.) Die Fortgeltung des Konzepts der Finanzierungsfolgenverantwortung	56
3.) Stellungnahme	57
III. Ergebnis zu § 3	58

§ 4 Das Krisenmerkmal – Paradigmenwechsel durch das MoMiG?..... 60

I. Die Bedeutung des Krisenmerkmals unter dem bisherigen Recht	60
1.) Zum Begriff der „Krise“.....	61
2.) Der für das Vorliegen der Krise maßgebliche Zeitpunkt	62
a.) Erteilung der Finanzierungsleistung.....	62
b.) Zum „Stehenlassen“ der Finanzierungsleistung	63
(aa.) Der Grundgedanke der Rechtsfigur des „Stehenlassens“.....	63

(bb.) Das Sonderproblem der Anfechtbarkeit des „Stehenlassens“ in der Doppelinsolvenz	63
c.) Entsperrung.....	65
3.) Zur Ausnahmekonstellation des „kurzfristigen Überbrückungskredits“	66
4.) Zusammenfassung	66
II. Paradigmenwechsel unter dem neuen Recht?	66
1.) Meinungsstand.....	67
2.) Untersuchung der Neuregelung im Lichte der Artt. 14 und 3 GG	69
a.) Möglicher Verstoß des reformierten Gesellschafterdarlehensrechts gegen Art. 14 GG	69
b.) Möglicher Verstoß des reformierten Gesellschafterdarlehensrechts gegen Art. 3 Abs. 1 GG	71
3.) Stellungnahme	73
III. Ergebnis zu § 4	75

Dritter Abschnitt – Der Anwendungsbereich des neuen Rechts der Gesellschafterdarlehen..... 77

§ 5 Der persönliche Anwendungsbereich des neuen Rechts der Gesellschafterdarlehen	77
I. Zum Kreise der vom Eigenkapitalersatzrecht erfassten Gesellschafter ...	77
II. Die neue rechtsformneutrale Ausgestaltung des § 39 Abs. 4 S. 1 InsO..	79
III. Aktuelle Besonderheiten mit Blick auf den Staat als Darlehensgeber ..	80
IV. Zur Problematik der Tatbestandsausdehnung auf Dritte	81
1.) Zu Rechtfertigung und Ausgestaltung des § 32 a Abs. 3 S. 1 GmbHG a.F.	81
2.) Meinungsstand zur Tatbestandsausdehnung auf Dritte unter dem neuen Recht.....	82
V. Die unter dem neuen Recht problematischen Fallgruppen	84
1.) Zur Anwendbarkeit des neuen Rechts auf verbundene Unternehmen	84
2.) Zur Anwendbarkeit des neuen Rechts auf ehemalige und künftige Gesellschafter	84
a.) Ehemalige Gesellschafter	85
b.) Künftige Gesellschafter.....	87
3.) Zur Anwendbarkeit des neuen Rechts auf Zessionare	87
a.) Problemaufriss unter der alten und der neuen Rechtslage	87
b.) Stellungnahme zur neuen Rechtslage	89
VI. Stellungnahme und Ergebnis zu § 5.....	90

§ 6 Der sachliche Anwendungsbereich des neuen Rechts der Gesellschafterdarlehen	92
I. Die Darlehensgewährung als unmittelbare Finanzierungsleistung.....	92
1.) Gesellschafterdarlehen.....	92
2.) Durch Gesellschafter gesicherte Darlehen Dritter als mittelbare Finanzierungsleistung	93
3.) Darlehenszinsen	93
a.) Meinungsstand.....	93
b.) Stellungnahme	94
II. Kraft wirtschaftlicher Entsprechung gleichgestellte Finanzierungshandlungen, § 39 Abs. 1 Nr. 5 InsO	96
1.) Zum Grundgedanken des Umgehungsschutzes.....	96
2.) Anknüpfung an die bisherige Rechtslage?	97
a.) Forderungsstundung	98
b.) Stille Beteiligung.....	99
c.) Entnahme von Kapital- und Gewinnrücklagen i.S.d. § 272 Abs. 2, 3 HGB	101
III. Ergebnis zu § 6	102
§ 7 Freistellung vom Anwendungsbereich: Das Kleinbeteiligungs- und das Sanierungsprivileg	103
I. Das Kleinbeteiligungsprivileg (§ 32 a Abs. 3 S. 2 GmbHG a.F.; § 39 Abs. 5 InsO n.F.)	103
1.) Zu Bedeutung und Rechtfertigung des Kleinbeteiligungsprivilegs unter dem bisherigen Recht	104
2.) Der maßgebliche Zeitpunkt für das Eingreifen des Kleinbeteiligungsprivilegs unter dem neuen Recht	106
a.) Meinungsstand.....	106
b.) Stellungnahme	106
3.) Auswirkungen der Erstreckung der Sondervorschriften auf die Aktiengesellschaft	107
a.) Zur bisherigen Rechtslage	107
b.) Zur neuen Rechtslage.....	108
(aa.) Der Umschwung mit Blick auf die Beteiligungshöhe	108
(bb.) Zur Berechnung der Beteiligungsquote bei der AG.....	109
(cc.) Zur Ausdehnung des § 39 Abs. 5 InsO auf Aufsichtsratsmitglieder	110
4.) Meinungsspektrum zu § 39 Abs. 5 InsO und Stellungnahme	111
II. Das Sanierungsprivileg (§ 32 a Abs. 3 S. 3 GmbHG a.F.; § 39 Abs. 4 S. 2 InsO n.F.)	113
1.) Zu Bedeutung und Rechtfertigung des Sanierungsprivilegs unter dem bisherigen Recht	113

2.) Meinungsspektrum zur Neuregelung	114
3.) Begünstigter Personenkreis	115
a.) Zur bisherigen Rechtslage	116
b.) Zur neuen Rechtslage	117
4.) Die privilegierende Handlung	118
a.) Zum Erfordernis eines Anteilerwerbs.....	118
b.) Zum Erfordernis eines subjektiven Elements	121
5.) Der für die Vornahme der privilegierenden Handlung maßgebliche Zeitpunkt.....	121
6.) Stilkritik zur Privilegierungsdauer: Kollision des Gesetzeswortlauts mit dem Gesetzeszweck?	123
7.) Ergebnis	126
III. Ergebnis zu § 7	127

Vierter Abschnitt – Die Rechtsfolgen des neuen Rechts der Gesellschafterdarlehen..... 128

§ 8 Die Rechtsfolgen der §§ 39 Abs. 1 Nr. 5; 135 Abs. 1 Nr. 2; 143 Abs. 1 InsO u. der §§ 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 2, 11 Abs. 1 AnfG im Einzelnen	128
I. Die generelle Rückstufung in der Insolvenz, § 39 Abs. 1 Nr. 5 InsO	128
1.) Zur Bedeutung der nachrangigen Befriedigung im Insolvenz- verfahren	128
2.) Abweichungen der reformierten zur bisherigen Rechtslage	130
3.) Fügt sich § 39 Abs. 1 Nr. 5 InsO bei systematischer Auslegung noch in § 39 InsO ein?	131
4.) Ergebnis	133
II. Die Anfechtbarkeit von Kreditrückflüssen nach Insolvenzeröffnung (§§ 135 Abs. 1 Nr. 2, 143 Abs. 1 InsO)	134
1.) Grundsatz.....	134
2.) Die Jahresfrist des § 135 Abs. 1 Nr. 2 InsO auf dem Prüfstand.....	136
a.) Meinungsstand.....	136
b.) Stellungnahme.....	139
3.) Ergebnis	141
III. Die Anfechtung von Kreditrückflüssen nach dem Anfechtungsgesetz (§§ 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 2, 11 Abs. 1 AnfG)	142
1.) Grundsatz.....	142
2.) Wesentliche Neuerungen durch das MoMiG	143
3.) Stellungnahme und Ergebnis	144
IV. Ergebnis zu § 8.....	144

§ 9 Das Bargeschäftsprivileg	147
I. Meinungsstand zur Anwendbarkeit des Bargeschäftsprivilegs	147
II. Stellungnahme	149
III. Ergebnis zu § 9	152
§ 10 Sicherheiten	153
I. Die Anfechtbarkeit von Sicherheiten gemäß § 135 Abs. 1 Nr. 1 InsO ..	153
1.) Grundsätzliches.....	153
2.) Zur Redundanz des § 135 Abs.1 Nr. 1 InsO	154
a.) Meinungsstand.....	155
b.) Stellungnahme	157
3.) Ergebnis	159
II. Die Problematik gesellschaftsbesicherter Darlehen Dritter	159
1.) Überblick über die bisherige Rechtslage	160
2.) Problemkreise unter dem neuen Recht.....	161
a.) Die missratene Formulierung durch den Gesetzgeber	162
(aa.) Zu § 135 Abs. 2 InsO.....	162
(bb.) Zu § 44 a InsO	163
b.) Vereinbarkeit der Sonderregeln mit der dogmatischen Untermauerung des Gesellschafterdarlehensrechts?	164
c.) Die Rechtsstellung des Dritten im Insolvenzverfahren der Gesellschaft	165
(aa.) Meinungsstand	165
(bb.) Stellungnahme	166
d.) Zu §§ 6 a, 11 Abs. 3 AnfG.....	167
3.) Ergebnis	167
III. Die Implikationen der Neuregelung mit Bezug auf den Sonderfall der sog. Doppelbesicherung	167
1.) Meinungsstand.....	168
2.) Stellungnahme	169
IV. Ergebnis zu § 10.....	170
§ 11 Zur Abschaffung der Rechtsprechungsregeln	171
I. Zum Dualismus von „Novellenregeln“ und „Rechtsprechungsregeln“ unter dem bis zum 31.10.2008 geltenden Recht	171
1.) Die analoge Anwendung der §§ 30, 31 GmbHG a.F. auf Gesellschafterdarlehen	171
2.) Das Verhältnis der §§ 32 a, b GmbHG a.F. zu den §§ 30, 31 GmbHG a.F. in analoger Anwendung	172
II. Der „Nichtanwendungserlass“ des § 30 Abs. 1 S. 3 GmbHG.....	174
1.) „Stilkritik“ an der Vorgehensweise des Gesetzgebers	175
2.) Änderungen für die Rechtspraxis und Meinungsstand mit Bezug	

auf die Neuregelung.....	176
3.) Stellungnahme	178
III. Besonderheiten in der Aktiengesellschaft?	179
IV. Ergebnis zu § 11	180
§ 12 Die Neuregelung des § 135 Abs. 3 InsO	181
I. Die „eigenkapitalersetzende Nutzungsüberlassung“ unter dem bisherigen Recht.....	181
1.) Voraussetzungen und Rechtsfolgen	181
2.) Zur Kritik der Literatur an der „eigenkapitalersetzenden Nutzungsüberlassung“	182
3.) Ergebnis	184
II. Zum Fortbestand der Rechtsfigur unter dem neuen Recht.....	184
1.) Problemanalyse nach dem Referenten- und dem Regierungsentwurf.....	184
2.) Meinungsstand.....	185
3.) Stellungnahme	187
III. Zur Neuregelung des § 135 Abs. 3 InsO.....	188
1.) Zur systematischen Stellung des § 135 Abs. 3 InsO	189
a.) Denkbare Verortung im Rahmen der §§ 103 ff. InsO.....	190
b.) Zum möglichen Standort im Rahmen der §§ 47 ff. InsO	190
c.) Stellungnahme	191
2. Voraussetzungen und Rechtsfolgen des § 135 Abs. 3 S. 1 InsO.....	191
a.) Allgemeines	191
b.) Der persönliche Anwendungsbereich des § 135 Abs. 3 InsO.....	192
c.) Freistellung vom Anwendungsbereich nach § 135 Abs. 4 InsO....	193
d.) Zum Anwendungsbereich des § 135 Abs. 3 InsO neben den §§ 103, 108 ff. InsO.....	196
(aa.) Problemaufriss	196
(bb.) Meinungsstand.....	197
(cc.) Stellungnahme	198
e.) Sonderprobleme.....	199
(aa.) Zu der in § 135 Abs. 3 S. 1 InsO normierten Jahresfrist	199
(bb.) Das Verhältnis der Rechte des Insolvenzverwalters aus § 135 Abs. 3 S. 1 InsO zu dem Nutzungsrecht des Grundpfandgläubigers in der Zwangsvollstreckung.....	200
(1) Die Rechtslage bis zum Inkrafttreten des § 135 Abs. 3 InsO	200
(2) Zu den Auswirkungen der Einführung des § 135 Abs. 3 InsO	201
(cc.) Implikationen des § 135 Abs. 3 InsO in Fällen der Doppelinsolvenz.....	203

(1) Die Rechtslage vor Einführung des § 135 Abs. 3 InsO.....	203
(2) Zu d. Auswirkungen der Einführung des § 135 Abs. 3 InsO .	204
(dd.) Auswirkungen einer Veräußerung des Gegenstandes binnen der Jahresfrist des § 135 Abs. 3 S. 1 InsO	205
3.) Zur Entgeltfrage i.S.v. § 135 Abs. 3 S. 2 InsO.....	206
a.) Rechtsnatur und Berechnung des Ausgleichsanspruchs	207
(aa.) Berechnungsgrundlage bei Einsatz eines vorläufigen Insolvenzverwalters	207
(bb.) Berechnungsgrundlage im Falle gesammelter Begleichung rückständiger Miet- bzw. Pachtzinsen innerhalb der Jahresfrist	208
(cc.) Rechtsfolgen bei Unfähigkeit der Gesellschaft zur Erbringung des geschuldeten Entgelts	209
b.) Der Sonderfall der bereits vor Insolvenzeröffnung unentgeltlichen Nutzungsüberlassung.....	210
c.) Auswirkungen des § 135 Abs. 3 S. 2 InsO auf das nach §§ 55 Abs. 1 Nr. 2, 103, 108 InsO geschuldete Entgelt?.....	211
4.) Anfechtbarkeit der vor Insolvenzantrag geleisteten Ausgleichs- zahlungen seitens der Gesellschaft nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 InsO?	212
a.) Problemaufriss	212
b.) Stellungnahme	213
5.) Insolvenzanfechtung nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 InsO in Fällen vorzeitiger Nutzungsbeendigung?	215
a.) Problemaufriss	215
b.) Stellungnahme	216
IV. Zur Redundanz des § 135 Abs. 3 InsO neben den §§ 103 ff., 108 InsO.....	217
V. Ergebnis zu § 12	218

§ 13 Die Passivierung von Gesellschafterdarlehen in der Überschuldungsbilanz	221
I. Grundsätzliches	221
II. Die Passivierung von Gesellschafterdarlehen unter der alten Rechtslage.....	223
III. Die Passivierung von Gesellschafterdarlehen unter dem neuen Recht	226
1.) Rechtslage nach dem Referenten- und dem Regierungsentwurf	226
a.) Die Entstehungsgeschichte des § 19 Abs. 2 S. 3 InsO-E.....	226
b.) Meinungsstand zu § 19 Abs. 2 S. 3 InsO-E	227
2.) Von der Empfehlung des Rechtsausschusses zur endgültigen Gesetzesfassung des § 19 Abs. 2 S. 2 InsO	228
3.) Stellungnahme	230
4.) Gesellschafterbesicherte Drittdarlehen im Überschuldungsstatus	232

IV. Ergebnis zu § 13	233
----------------------------	-----

§ 14 Verfahrenstechnische Besonderheiten: Übergangsregelungen; Gerichtsstand und Verjährung	235
I. Übergangsregelungen.....	235
1.) Zu Art. 103 d EGInsO	235
a.) Zur entsprechenden Heranziehung der §§ 30, 31 GmbHG a.F. in Übergangsfällen.....	237
(aa.) Meinungsstand	238
(bb.) Stellungnahme	241
b.) „Eigenkapitalersetzende Nutzungsüberlassung“ auch in Übergangsfällen?	243
(aa.) Meinungsstand	244
(bb.) Stellungnahme	244
c.) Fehlende Karenzzeiten mit Blick auf § 39 Abs. 1 Nr. 5 InsO?.....	245
2.) Die Übergangsbestimmung des § 20 Abs. 3 AnfG	246
3.) Ergebnis zu I.	246
II. Gerichtsstand	246
III. Verjährung	247

Fünfter Abschnitt – Das neue Recht der Gesellschafterdarlehen im gesellschaftsrechtlichen Gesamtzusammenhang.....	248
--	------------

§ 15 Das neue Recht der Gesellschafterdarlehen im Konzern	248
I. Der Adressatenkreis der Sonderregeln im Konzern	248
1.) Meinungsstand zur bisherigen Rechtslage	248
2.) Meinungsspektrum unter der neuen Rechtslage.....	250
3.) Stellungnahme	251
II. Sonderprobleme im Rahmen eines Cash-Pool-Systems	254
1.) Zur Anwendbarkeit der Sonderregeln über Gesellschafterdarlehen auf downstream-loans im Rahmen eines Cash-Pool-Systems.....	255
2.) Zur Kontokorrentproblematik	256
a.) Meinungsstand.....	256
b.) Stellungnahme.....	257
3.) Heranziehung von § 135 Abs. 1 Nr. 1 oder Nr. 2 InsO im Rahmen eines Cash-Pool-Systems?.....	258
a.) Meinungsstand.....	258
b.) Stellungnahme.....	259
III. Das neue Recht der Gesellschafterdarlehen im Vertragskonzern	261
1.) Meinungsstand zur bisherigen Rechtslage	262
2.) Meinungsspektrum unter dem neuen Recht	264

3.) Stellungnahme	264
a.) Ergebnis zur bisherigen Rechtslage	264
b.) Zur Option der Heranziehung des Sanierungsprivilegs unter dem neuen Recht	265
c.) Ergebnis zur neuen Rechtslage.....	265
IV. Das neue Recht der Gesellschafterdarlehen im faktischen Konzern ...	266
V. Ergebnis zu § 15	268

§ 16 Zur Anwendbarkeit des neuen Rechts der

Gesellschafterdarlehen auf Scheinauslandsgesellschaften	269
I. Grundlagen.....	269
II. Meinungsspektrum unter dem bisherigen Recht	271
III. Meinungsspektrum unter dem neuen Recht.....	274
IV. Stellungnahme.....	276
1.) Das Gesellschafterdarlehensrecht – ein Fall der Artt. 3, 4 EuInsVO.....	276
2.) Implikationen der Niederlassungsfreiheit bei Anwendung des deutschen Gesellschafterdarlehensrechts auf Scheinauslandsgesellschaften	280
V. Ergebnis zu § 16	282

§ 17 Das MoMiG als Katalysator für mögliche Ergänzungen zum

Gesellschafterdarlehensrecht?.....	283
I. Hinzuziehung der §§ 129-134 InsO.....	285
1.) §§ 130-132 InsO	285
2.) § 133 InsO.....	286
a.) Zur Konkordanz der Anfechtungsvoraussetzungen	287
(aa.) Objektive Voraussetzungen des § 133 Abs. 1 InsO	287
(bb.) Subjektive Voraussetzungen des § 133 Abs. 1 InsO.....	288
(1) Zum Benachteiligungsvorsatz der Gesellschaft.....	288
(2) Zur Kenntnis des Gesellschafters vom Benachteiligungsvorsatz	290
(cc.) Zur partiellen Beweiserleichterung nach § 133 Abs. 2 InsO... ..	290
(1) Zum Erfordernis des „entgeltlichen Vertrages“	291
(2) Zum Begriff der „nahestehenden Person“ i.S.v. § 138 InsO..	291
(3) Zum Erfordernis einer unmittelbaren Gläubigerbenachteiligung.....	292
b.) Zur Konkordanz der Rechtsfolgen.....	294
(aa.) Behandlung der angefochtenen Forderungen in der Insolvenzmasse	294
(bb.) Gerichtsstand	295
c.) Ergebnis	295

3.) § 134 InsO.....	296
4.) Ergebnis zu I.....	296
II. Zur Eignung des § 64 S. 3 GmbHG, die Lücken des Gesellschafterdarlehensrechts zu schließen	297
1.) Zur Übertragbarkeit des Schutzzwecks des § 64 S. 3 GmbHG auf ..	298
Gesellschafterdarlehen	
2.) Zu den Tatbestandsvoraussetzungen des § 64 S. 3 GmbHG im Einzelnen	300
a.) Zum Begriff der „Zahlung“	300
b.) Der Geschäftsführer als Leistender.....	302
c.) Der Gesellschafter als Zahlungsempfänger.....	303
(aa.) Das Verhältnis des § 39 Abs. 4 S. 2, Abs. 5 InsO zu § 64 S. 3 GmbHG.....	303
(bb.) Anwendbarkeit des § 64 S. 3 GmbHG auf Zahlungen an „wirtschaftlich gleichgestellte Dritte“.....	304
d.) Die Rechtsfolge der Zahlungsunfähigkeit und die Problematik des Zurechnungszusammenhangs	305
(aa.) Problemaufriss auf der Basis der herrschenden Ansicht im Schrifttum	305
(bb.) Stellungnahme	306
e.) Sorgfaltsanforderungen und Entlastungsbeweis	307
3.) Rechtsfolgen des § 64 S. 3 GmbHG in Bezug auf Gesellschafterdarlehen.....	308
a.) Rechtsfolgen im Falle der Leistungsverweigerung.....	308
b.) Zur Rechtsfolge der Darlehenstilgung	310
4.) Zu den Besonderheiten bei Anwendung des 92 Abs. 2 S. 3 AktG ...	312
5.) Ergebnis zu II.....	313
III. Zu einem möglichen Erstarken der Haftung nach § 826 BGB	314
IV. Zu einem möglichen Erstarken d. Rechtsfigur des Finanzplankredits	316
1.) Problemaufriss	316
a.) Zur Rechtsfigur d. Finanzplankredits unter dem bisherigen Recht	316
b.) Zu einem möglichen Erstarken der Rechtsfigur des Finanzplankredits unter dem neuen Recht	317
2.) Ergebnis	319
V. Ergebnis zu § 17	319

§ 18 Führt die Heranziehung „verwandter“ Rechtsinstitute zur Redundanz des Gesellschafterdarlehensrechts?.....	321
I. Das Grundproblem.....	321
II. Die funktionellen Schwächen der dem Gesellschafterdarlehensrecht "verwandten" Haftungsinstitute	322
III. Stellungnahme und Ergebnis zu § 18.....	324

Sechster Abschnitt: Abschließende Würdigung und Gesamtergebnis 327
Literaturverzeichnis 335